

**Die Klasse ZFA 11F der Alice-Salomon Schule in Hannover Herrenhausen  
Herrenhäuser Str. 10  
30419 Hannover**

**1. Wenn ihre Partei in die Regierungsverantwortung kommt, wie setzen sie sich dafür ein, das Berufe ohne Tarifverträge, wie z.B. die Zahnmedizinischen Fachangestellten in Niedersachsen, ein Festgehalt bekommen?**

Die PIRATEN werden sich dafür einsetzen, dass Fachangestellte von Zahnärzten bundesweit einen verantwortungsvollen Lohn erhalten. Die größte Facharztgruppe dürfte bei zunehmender Sorge um Nachwuchs ein Interesse daran bekommen, dass auch künftig die Voraussetzungen für gute Patientenversorgung bestehen. Das Aushandeln der Löhne ist im Rahmen bestehender Gesetze dann aber Sache der zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen.

**2. Was meinen Sie zur Problematik der anscheinend ungerechten Strafbemessung? Z.B. Kinderschändung wird weniger bestraft als Steuerhinterziehung.**

Die Piraten verstehen den Schutz der Kinder als einen hohen Handlungsauftrag ihrer politischen Arbeit. Jedwede Gewalt gegen Kinder, gleich ob sexueller, körperlicher oder seelischer Art, lehnen wir ab und setzen uns dafür ein, dass Straftaten gegen Kinder stets unter einer geeigneten Strafe stehen. Bei aktuellen Fällen von Straftaten gegen Kinder, fordern die Piraten Enquetekommissionen, die die entsprechenden Fälle mit wissenschaftlicher Unterstützung untersuchen und der Politik und der Gesellschaft geeignete Handlungsmöglichkeiten anbieten.

Ein Kinderschänder, dem seine Tat nachgewiesen werden kann, bekommt eine Haftstrafe von **mindestens** 2 Jahren, **maximal** aber 10 Jahre (§ 177 StGB). Wie oben schon erwähnt muss die Frage gestellt werden, warum materielle Schäden stärker bestraft werden als körperlich/seelische. Das ist eine Frage, die momentan nur von den verantwortlichen Volksparteien beantwortet werden kann, da sie in beiden Kammern (Bundestag und Bundesrat) maßgeblich die Gesetzesgrundlagen festlegen.

**3. Wie steht ihre Partei zur Abschaffung des Solidaritätszuschlages?**

Hierzu haben wir leider noch keine Beschlussfassung, diskutieren das Thema aber sehr ausführlich. Von der vollständigen Abschaffung über die Beibehaltung in der derzeitigen Form bis hin zur Überführung in einen gesamtdeutschen Strukturfond sind sämtlich Ansichten vertreten.

**4. Wie stellt ihre Partei sicher, dass die Rente für unsere Generation gesichert ist?**

Atypische, unstete Erwerbsverläufe sowie die Rentenkürzungen der vergangenen Jahre führen dazu, dass in Zukunft immer weniger Erwerbstätige über die Rentenversicherung eine armutsfeste Altersrente erreichen werden, Altersarmut wäre die Folge.

Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Deshalb muss das

bisherige Rentensystem so umgestaltet werden, dass die zukünftigen Rentner wieder von einer sicheren Rente im Alter ausgehen können. Um diese Ziele zu erreichen, muss das Rentensystem so umgestaltet werden, dass die Einnahmehasis verbreitert und die Stärkeren sich angemessen mit Beiträgen an der Rentenversicherung beteiligen.

Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt, angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten. Die staatliche Rentenkasse verwaltet sich eigenverantwortlich, ohne direkten Zugriff durch den Staat. Der Staat schafft den gesetzlichen Rahmen. Die Rentenkasse ist für die Rente zweckgebunden!

Wer sich zusätzlich privat versichern möchte, kann dies gerne tun. Weil er es will, nicht weil er es muss. Die so genannte Riester-Rente für den Durchschnittsverdiener lehnen wir jedoch ab.

## **5. Frauen bekommen für die gleiche Arbeit, die auch die Männer tun, weniger Lohn. Wie steht ihre Partei dazu?**

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - mehr ist dazu nicht zu sagen.

## **6. Was meinen Sie dazu, dass es den Anschein hat, das Deutschland nur für die finanzielle Probleme anderer Staaten aufkommen muss?**

Deutschland profitiert auch von den anderen Staaten. Als sehr stark vom Export abhängige Nation können wir es uns nicht leisten, unsere Handelspartnerländer sang- und klanglos untergehen zu lassen. Wir befürworten die europäische Einigung, halten jedoch den Weg dorthin und auch die aktuelle Eurorettungspolitik für den falschen Ansatz. Bei beidem hätte das Volk befragt werden müssen.

Die Piratenpartei hat sich bereits in den vergangenen Monaten deutlich gegen Rettungsschirm und den Fiskalpakt positioniert. Ihnen fehlt es an Transparenz, genauen Information und Entscheidungsmöglichkeit sowie Handlungsfähigkeit der Bürger durch die Parlamente. Der ESM-Vertrag ist ein klassisches Beispiel für fehlende Beteiligung der Parlamente und damit fehlender Einflussmöglichkeit von Bürgern in diesem Land“

Insbesondere Deutschland, müsste im Ernstfall für die maroden Banken und Bürgschaften der anderen Euroländer zahlen. Problem ist auch die unzureichende europäische Bankenaufsicht. Dabei gelten für die europäischen Banken noch unterschiedliche Voraussetzungen - und es besteht keine Möglichkeit, diese zu kontrollieren und Restrukturierungen zu erzwingen. Alles Defizite, die erst noch beseitigt werden müssen durch z.B.:

- Einberufung einer europäischen verfassungsgebenden Versammlung mit basisdemokratischer Legitimation

- Möglichkeiten basisdemokratischer Einflussnahme auf EU-Ebene ausbauen, vereinfachen und publik machen: Bürgerinitiative unterstützen, Bürgerveto ermöglichen
- Kontrolle des europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) durch gewählte Volksvertreter